

PRESSEMITTEILUNG 48 – 04.03.2026

Serpil Midyatli

Verlässliche Gesundheitsversorgung braucht ein starkes UKSH

Zum heute unterzeichneten Zukunftsplan II für das UKSH erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Schleswig-Holstein hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass wir gemeinsam Verantwortung für unser Universitätsklinikum tragen - für das UKSH als Maximalversorger unseres Landes. Ich bedanke mich auch bei den anderen Fraktionen und der Finanzministerin ausdrücklich für die konstruktiven Gespräche.

Das UKSH ist mit über 17.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Viele Menschen im Land kennen jemanden, der dort arbeitet. Noch mehr sind als Patientinnen und Patienten auf das UKSH angewiesen. Es ist zentral für die Gesundheitsversorgung und für die gesamte Kliniklandschaft im Land. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie verlässlich und wichtig diese Einrichtung ist.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass auch die Krankenhausreform des Bundes eine Stärkung der Universitätskliniken vorsieht.

Für uns als SPD waren bei unseren Gesprächen im Vorfeld vier Punkte besonders wichtig:

Erstens: Wir bekennen uns klar zum UKSH in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft. Eine Privatisierung ist ausgeschlossen - es bleibt unser UKSH. Gleichzeitig setzen wir den Weg fort, Beschäftigte wieder stärker direkt im Klinikum anzustellen, wie das Beispiel der Mitarbeitenden im Servicebereich zeigt.

Zweitens: Die Arbeitsbedingungen am UKSH sind keine wie jede andere. Schichtdienst, Bereitschaft und die Arbeit mit schwer kranken Menschen verlangen den Beschäftigten viel ab. Weitere Arbeitsverdichtung darf es deshalb nicht geben. Die Beschäftigten sind das Herz des Klinikums. Das würde nicht schlagen, wenn es nur ein modernes Gebäude gäbe.

Drittens: Es wird wieder einen Extremkostenzuschuss geben. Als Maximalversorger muss das UKSH auch seltene und besonders komplexe Krankheitsbilder behandeln können und dafür jederzeit Personal und Infrastruktur vorhalten. Das ist kostenintensiv, aber unverzichtbar. Deshalb ist es richtig, den Zuschuss neu aufzustellen und sich dabei an den tatsächlichen Kosten zu orientieren.

Viertens: Das Parlament bleibt im weiteren Verfahren eng eingebunden. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam gehen.

Das UKSH ist weit mehr als „nur“ ein Krankenhaus. Deshalb wird sich die SPD weiter dafür einsetzen, damit es stark bleiben kann. Am Ende zählt für uns, dass sich Patientinnen und Patienten auf die beste Gesundheitsversorgung verlassen können und Mitarbeitende die Arbeitsbedingungen bekommen, die sie verdienen!“